

Schmitt, Dieter

Article — Digitized Version

Die deutsche Steinkohle in einem rationalen Konzept der Energieversorgungssicherung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmitt, Dieter (1991) : Die deutsche Steinkohle in einem rationalen Konzept der Energieversorgungssicherung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 8, pp. 391-396

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136785>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Dieter Schmitt

Die deutsche Steinkohle in einem rationalen Konzept der Energieversorgungssicherung

Der Steinkohlenbergbau und die Gewerkschaften sperren sich gegen geplante Streichungen bei den Steinkohlesubventionen unter anderem mit dem Hinweis, daß eine heimische Steinkohlenförderung aus Gründen der nationalen Energieversorgungssicherheit notwendig sei. Rechtfertigt das Argument der Versorgungssicherheit die gegenwärtige Höhe der Finanzhilfen für den Steinkohlenbergbau?

Gegen die beabsichtigten Subventionsstreichungen für die deutsche Steinkohle machen Steinkohlenbergbau und Gewerkschaften gemeinsam Front. Hierbei wird einmal darauf verwiesen, daß bereits über 50% der Steinkohlenförderkapazität aufgegeben und die Belegschaft um mehr als drei Viertel von einstmalen über 600 000 Beschäftigten abgebaut worden sei, vor allem aber, daß die deutsche Steinkohle derzeit gerade ihr letztes, Ende der 80er Jahre beschlossenes, Anpassungsprogramm abwickelt, mit dem bis Mitte der 90er Jahre die Förderkapazität von rund 80 auf etwa 65 Mill. t und die Belegschaft um rund 35 000 auf dann nur noch rund 110 000 Mann reduziert werden soll. Gleichzeitig wird jedoch auch erneut die Notwendigkeit beschworen, wenigstens eine heimische Steinkohlenförderung in dieser Höhe als Garant für die Sicherstellung der Versorgung in lebenswichtigen Bereichen unserer Volkswirtschaft aufrechtzuerhalten, notfalls auch unter Inkaufnahme von – lediglich als vorübergehend angesehenen – Subventionen.

Eine befriedigende Abgrenzung der dem deutschen Steinkohlenbergbau gewährten Hilfen wirft zweifellos beträchtliche Probleme auf. Die Spannweite reicht von fünf bis zu 20 Mrd. DM. So dürfte zwar Einigkeit darüber bestehen, daß die Zuschüsse zur Knappschaft in Höhe von rund 10 Mrd. DM in dieser Beziehung weitgehend außer Betracht bleiben sollten, gleichzeitig scheint jedoch auch der finanzwissenschaftliche Subventionsbegriff – finanzielle Leistungen der öffentlichen Hand an die gewerbliche Wirtschaft ohne Anspruch auf Gegenleistung – eindeutig zu eng. Alleine die Mehrkosten jedoch, die der deutschen Volkswirtschaft durch die Aufrechterhaltung einer Steinkohlenförderung von derzeit noch rund 70 Mill. t bei Ko-

sten von rund 270 DM/t und einem Weltmarktpreis von unter 100 DM/t entstehen, belaufen sich auf rund 12 Mrd. DM/p.a.

Sind diese finanziellen Hilfen angesichts des von der heimischen Steinkohle geleisteten Sicherheitsbeitrags gerechtfertigt? Die Auffassungen hierüber klaffen weit auseinander: Erst im Frühjahr dieses Jahres hat der Bergbau seine Vorstellungen über ein von der Mikat-Kommission angeregtes Optimierungskonzept vorgelegt. Statt einer „Angebotskurve für deutsche Steinkohle“ mit Ausweis der langfristig bei unterschiedlichen Förderniveaus erwarteten Kosten wird als Ergebnis einer – was auch immer dies bedeuten mag! – lagerstättenorientierten Optimierung eine von 1995 bis Anfang des nächsten Jahrhunderts lediglich um rund 10% zu verringernde Förderung (bei Senkung der Förderkosten in etwa der gleichen Größenordnung) ausgewiesen. Und unter Hinweis auf den hiermit verbundenen Sicherheitsbeitrag werden vom Staat bindende Zusagen zur weiteren finanziellen Unterstützung in ausreichender Höhe verlangt. Teile der Gewerkschaften fordern sogar im Hinblick auf die Sicherungsfunktion des deutschen Steinkohlenbergbaus in der EG eine Ausweitung des notfalls zu subventionierenden Einsatzes deutscher Steinkohle.

Diese vom Steinkohlenbergbau und Gewerkschaften weiterhin für unabdingbar erklärte Politik zur Sicherung der Energieversorgung durch Aufrechterhaltung eines möglichst hohen Anteils heimischer Energieträger sieht sich zunehmender Kritik gegenüber:

□ Vertreter der Wissenschaft fordern seit langem eine grundlegende Umorientierung der Politik zur Sicherung der Energieversorgung. Stellvertretend sei hier lediglich auf die vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entwickelte Vorstellung zur Begrenzung der langfristig zu gewährenden Kohlesubventionen auf eine Sicherheitsprämie verwiesen.

Prof. Dr. Dieter Schmitt, 50, ist Inhaber des Lehrstuhls für Energie-BWL der Universität-GH-Essen.

□ Die EG-Kommission scheint im Hinblick auf die anstehende Binnenharmonisierung nicht bereit, eine Fortsetzung der Beihilfen zugunsten der deutschen Steinkohle – und sei es auch zur Sicherstellung der Energieversorgung – in der bisherigen Höhe zu akzeptieren, und hat bei der Bundesregierung nunmehr nicht nur ultimativ die Vorlage eines Kohleanpassungskonzeptes angemahnt, sondern auch die derzeit gültigen Beihilferegelungen grundsätzlich in Frage gestellt.

□ Kohle exportierende OECD-Länder wie Australien oder die USA können eine Einstufung als weniger sichere Lieferanten in der westlichen Staatengemeinschaft auf keinen Fall dauerhaft akzeptieren und drohen bei einer Fortsetzung der Diskriminierung ihrer Kohle auf dem deutschen Markt mit Retorsionsmaßnahmen.

□ Die revierfernen Bundesländer weigern sich immer mehr, in Zukunft finanzielle Belastungen zur Erhaltung der deutschen Steinkohlenförderung aus Sicherheitsgründen zu übernehmen; die neuen Bundesländer scheiden von vornherein für solche Überlegungen aus.

□ Die Industrie verweist auf die Grenzen ihrer Belastbarkeit angesichts erheblicher energie- und umweltpolitischer Sonderlasten sowie des sich intensivierenden Wettbewerbs auf dem europäischen Binnenmarkt.

□ Der Braunkohlenbergbau in den neuen Bundesländern – selbst mit mehr als einer Halbierung der Förderung innerhalb weniger Jahre zu einer grundlegenden Sanierung bereit, und zwar ohne öffentliche Hilfen – verwahrt sich zunehmend gegen eine Ungleichbehandlung dieses heimischen Energieträgers gegenüber der Steinkohle in den alten Bundesländern.

□ Die Bundesregierung schließlich sieht sich nicht nur wachsendem Druck im internationalen Bereich ausgesetzt, sondern im Zuge des deutschen Einigungsprozesses auch mit finanziellen Forderungen konfrontiert, die eine nachhaltige Überprüfung der Kohlepolitik und damit auch der bis dato gültigen Überlegungen zum erwünschten Sicherheitsbeitrag der deutschen Steinkohle erzwingen. Dies gilt nicht zuletzt angesichts der wohl realistischen Erwartung, daß jede Nachfolgeregelung für den 1995 auslaufenden Jahrhundertvertrag die öffentlichen Haushalte gegenüber heute sogar verstärkt in Anspruch nehmen wird.

Das Sicherheitsproblem

Eine nähere Analyse zeigt, daß die Lösung der hiermit aufgeworfenen Probleme befriedigend nur in einem rationalen Konzept zur Sicherstellung unserer Energieversorgung angegangen werden kann. Gleichzeitig ist jedoch zu konstatieren, daß eine systematische Aufarbeitung der Frage, welchen Sicherheitsbeitrag die deutsche

Kohle erbringt bzw. welche finanziellen Belastungen der Volkswirtschaft gegebenenfalls zur Sicherung der Energieversorgung durch Aufrechterhaltung einer heimischen Steinkohlenbasis zugemutet werden sollten, bislang aussteht. Statt eines rationalen Kalküls beherrschen die Diskussion – abgesehen von offenkundigen Interessensstandpunkten – in hohem Maße subjektive Wertungen, mehr oder weniger begründete Erwartungen bzw. Befürchtungen sowie stark verkürzte und bewußt oder unbewußt verzerrte Argumentationsmuster.

Die Aufrechterhaltung eines vergleichsweise hohen Versorgungsbeitrags durch die deutsche Steinkohle wird vor allem mit dem Hinweis auf die Risiken begründet, die sich bei hoher Importabhängigkeit aus der ungewissen Weltmarktentwicklung für die Energieversorgung ergeben sollen, und zwar insbesondere angesichts der auch in Zukunft alles andere als auszuschließenden Gefahr erneuter Unterbrechungen der Ölversorgung im Nahen Osten und sporadischer oder langanhaltender Preissteigerungen auf kartellierten oder von dramatischen Verknappungserscheinungen gekennzeichneten Energiemärkten. Spezifische Versorgungsrisiken, die aus einer Konzentration der Versorgung auf lediglich wenige nationale Quellen resultieren könnten (klimatisch bedingte Engpässe und Streiks auf der einen Seite, Gefahr der Inkaufnahme von Kostensteigerungen gegenüber dem Weltmarkt auf der anderen Seite) werden damit – wie auch immer dies bewertet werden mag – offenbar von vornherein völlig aus der Betrachtung ausgeschlossen. Dasselbe gilt für die – wenn auch kaum quantifizierbaren, so aber doch ohne jeden Zweifel in beträchtlichem Umfang zu unterstellenden – Wohlfahrtsgewinne, die aus der konsequenten Integration eines großen Teils der deutschen Energieversorgung in den Weltmarkt und die damit realisierten Vorteile der internationalen Arbeitsteilung erwachsen.

Erstaunen muß jedoch auch die Tatsache, daß die sich insbesondere im Ölbereich auf die hohe Importabhängigkeit konzentrierenden Befürchtungen keinesfalls auf einer wertneutralen Aufarbeitung des historischen Befundes gründen. Vielmehr werden – nicht zuletzt durch die Medien verstärkt – subjektive Eindrücke in die Erwartung baldiger erneuter gravierender Versorgungsstörungen umgesetzt und diese Ergebnisse bewußt oder unbewußt auf sämtliche Importenergien übertragen. Als Ergebnis einer Analyse von 40 Jahren Ölversorgungskrisen muß festgestellt werden, daß bislang weder quantitative Lieferunterbrechungen noch lang anhaltende exzessive Preissteigerungen als Beleg für die Notwendigkeit herangezogen werden können, die heimische Steinkohlenförderung aufrechtzuerhalten. Hierzu einige Fakten:

Die Bundesrepublik Deutschland ist – und bleibt es auch auf absehbare Zeit – ein vergleichsweise energie- und rohstoffarmes Land. Die Importabhängigkeit unserer Energieversorgung – gemessen an der Relation Nettoimporte zu Primärenergieverbrauch – beläuft sich auf über zwei Drittel, ein Wert, der mit dem Fortschreiten des Anpassungsprozesses der Energiewirtschaft der neuen Bundesländer noch ansteigen könnte. Zum Vergleich: Noch im Jahre 1960 war die (alte) Bundesrepublik dank hoher Steinkohlenexporte vor allem in die europäischen Nachbarländer und einem relativ geringen Verbrauch von Kohlenwasserstoffen Energienettoexporteur. Die Energieversorgung der ehemaligen DDR blieb sogar bis zuletzt, insbesondere aus Devisengründen, auf weitgehende Autarkie fixiert und im übrigen voll in das RGW-System integriert.

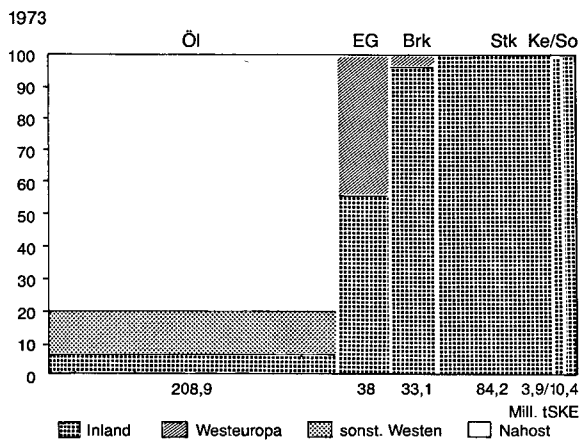
Dennoch stellt sich die Versorgungslage der deutschen Energiewirtschaft heute wesentlich günstiger dar als noch vor knapp zwei Jahrzehnten. Dies wird durch die

Abbildung verdeutlicht. Noch im Jahre 1973 wurden fast 50% unserer Energieversorgung (weißes Feld) durch Bezüge aus Regionen gedeckt, die als besonders krisenverdächtig anzusehen sind: Über 55% des Primärenergieverbrauchs der Bundesrepublik Deutschland entfiel auf das Öl, über 80% hiervon wurden aus den Krisengebieten Nordafrikas und des Nahen Osten importiert. Bis heute hat sich dieser kritische Wert auf unter 20% mehr als halbiert. Dies ist das Ergebnis einer grundlegenden Umstrukturierung der Energieversorgung nach Energieträgern und Provenienzen (vgl. Abbildung).

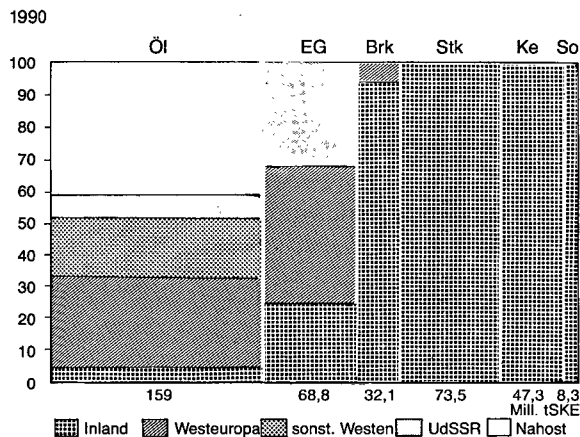
Hierzu trug nicht nur der beträchtliche Rückgang des Mineralölverbrauchs (der Anteil des Ölverbrauchs am Primärenergieverbrauch beträgt inzwischen nur noch 41%) sowie die Verbreiterung der Energieträgerpalette bei, sondern auch die verstärkte Streuung der Energie- und nicht zuletzt der Ölbezüge auf weniger krisenanfällige Gebiete. So gelang es einerseits, den Einsatz von Erdgas- und Kernenergie deutlich zu erhöhen (Anteil am Primärenergieverbrauch 1990: rund 18 bzw. 12% nach nur 10 bzw. 1% 1973!). Erdgas (75%) und Kernbrennstoffe (100%) sind zwar ebenfalls im wesentlichen zu importieren, Erdgas aus den Niederlanden, der UdSSR sowie Norwegen, Kernbrennstoffe aus den USA, Australien und Südafrika. Mit Ausnahme der UdSSR handelt es sich hierbei jedoch ausnahmslos um westliche Industrienationen, bei denen politisch bedingte Lieferunterbrechungen wie im Nahostraum wohl ausgeschlossen werden können. Auch an der Vertragstreue der UdSSR kann bislang kein Zweifel bestehen, dazu wird dieses Land zu sehr auch in Zukunft von Deviseneinnahmen aus Energieexporten abhängen. Daneben waren jedoch auch die Bemühungen von Erfolg gekrönt, die darauf abzielten, die hohe Abhängigkeit der Ölbezüge vom Nahostraum durch Verlagerung auf weniger krisenanfällige Gebiete (Großbritannien, Norwegen, Venezuela, UdSSR) zu reduzieren.

Gleichzeitig wurden innerhalb der Internationalen Energieagentur ein Krisenbeistandssystem zwischen den westlichen Industrienationen entwickelt, mit Hilfe finanzieller Unterstützung durch die öffentliche Hand die eigene Rohölversorgungsbasis deutscher Mineralölgesellschaften im Ausland entschieden verbessert, die Pflichtbevorratung von Mineralölprodukten erhöht und eine Bundesrohölreserve in Höhe von 7 Mill. t angelegt. Schließlich ist es gelungen, eine Reihe potenter Öllieferländer (Venezuela, Iran, Libyen) zu einem eigentümlichen Engagement im Downstream-Bereich der Bundesrepublik zu bewegen und damit das Verhältnis zu diesen Öllieferländern auf eine völlig neue Basis zu stellen. Dies dürfte zumindest tendenziell die Auslöseschwelle für politisch bedingte Lieferstörungen anheben.

Importabhängigkeit der Bundesrepublik



Quelle: IFE 1991.



Quelle: IFE 1991.

Der Beitrag des deutschen Steinkohlenbergbaus zur Deckung des Primärenergiebedarfs in der Bundesrepublik beläuft sich dagegen nach dem deutschen Einigungsprozeß auf nur noch 14% (Westdeutschland allein rund 18%). Noch vor 20 Jahren betrug der Anteil heimischer Steinkohle am Primärenergieverbrauch (der alten Bundesländer) rund ein Drittel, 1960 sogar knapp 50%. Die für den deutschen Steinkohlenbergbau hieraus abzuleitende bittere – aber gleichwohl notwendige – Konsequenz ist, daß selbst die Aufrechterhaltung einer vergleichsweise hohen inländischen Steinkohlenförderung nur einen marginalen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung der Bundesrepublik insgesamt zu erbringen vermöchte.

Durch den Beitritt der neuen Bundesländer mit ihrer in hohem Maße auf Braunkohle basierenden Energiewirtschaft hat dieser ebenfalls heimische Energieträger die Steinkohle eindeutig vom ersten Platz unter den Festbrennstoffen verdrängt und im übrigen den Anteil inländischer Energieträger an der Deckung des Primärenergieverbrauchs der Bundesrepublik mehr als verdoppelt. Hieran dürfte sich auch bei erwarteter weiterer Schrumpfung des ostdeutschen Braunkohlenbergbaus (schon bis Mitte nächsten Jahres kann sich die Stilllegung der Förderkapazität auf rund 50% des Ausgangsniveaus – 320 Mill. t Ende der 80er Jahre – belaufen!) auf absehbare Zeit nichts Grundlegendes ändern. Es dürfte sich zunehmend die Frage stellen, ob unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der Versorgung eine weitere Schließung ostdeutscher Braunkohlentagebaue akzeptiert werden kann, solange wesentlich teurere westdeutsche Steinkohle gefördert wird.

Überschätzte Sicherheitsrisiken

Hinzu kommt die Tatsache, daß bei objektiver Betrachtung die mit einer hohen Importabhängigkeit verknüpften Befürchtungen um die Sicherheit der Versorgung entschieden korrigiert werden müssen. Es soll hier weder versucht werden, die Vielzahl von Ölversorgungskrisen der letzten Jahrzehnte zu negieren noch die gravierenden Risiken zu verharmlosen, die im Nahen Osten angesichts der weiter schwelenden Konflikte zwischen Arabern und Persern, Schiiten und Sunniten, Fundamentalisten und Sozialrevolutionären sowie Monarchisten einerseits und vor allem angesichts des völlig ungelöst anzusehenden israelisch-arabischen Verhältnisses andererseits fortbestehen. Dennoch muß als Ergebnis eines empirischen Befundes von 40 Jahren Ölversorgungskrisen festgestellt werden, daß bislang quantitative Lieferunterbrechungen für die Bundesrepublik nicht zu verzeichnen waren, jedenfalls nicht in einem Umfang, der zu mengenmäßigen Beschränkungen oder gar einer Rationierung gezwungen hätte.

Sämtliche Versorgungskrisen waren lediglich vorübergehender Natur und betrafen jeweils immer nur einen Teil der Weltölversorgung. Insofern spricht zumindest die bisherige Erfahrung eher dafür, daß es auch in Zukunft gelingt, in derartigen Krisen begründete mengenmäßige Versorgungsengpässe zu meistern. Dies gilt nicht zuletzt, weil die Krisenregion des Nahen Ostens zumindest im Augenblick stark an Bedeutung für die Weltölversorgung verloren hat. Hinzu kommt, daß auch die OPEC-Staaten die Grenzen ihrer Kartellmacht nach der zweiten Ölkrise erkennen mußten und inzwischen auf einen bewährten Krisenmechanismus der westlichen Industrienationen sowie eine beträchtlich erhöhte Bevorratung zurückgegriffen werden kann.

Realistische Preissteigerungserwartungen?

Zweifellos mußte die Abhängigkeit vom Weltmarkt in angespannten Versorgungslagen jeweils mit zum Teil gravierenden Preissteigerungen im Mineralölbereich erkaufte werden, die über kurz oder lang mehr oder weniger stark auch auf das gesamte Energiepreisniveau durchschlugen: Öl nimmt nicht nur nach wie vor eine preisbarometrische Funktion auf dem Energiemarkt ein, Preise für Mineralölprodukte gehen auch zum Teil direkt als Kosten in die Erzeugung oder Preisstellung anderer Energieträger (Fernwärme, Erdgas) ein. Dennoch muß konstatiert werden, daß sich über die vergangenen zwei Jahrzehnte hinweg Rohöl (mit circa einer Verdreifachung) relativ nicht mehr verteuert hat als die inländische Steinkohle, während die Importkohle nahezu im Preis konstant blieb.

Der mit dem Übergang der Verfügungsgewalt über die Ölquellen auf die Förderländer verknüpfte Monopolspielraum erweist sich im nachhinein begrenzter als zunächst vermutet. Schon relativ kurzfristig nach den von ihnen durchgesetzten exorbitanten Preissteigerungen mußten die OPEC-Staaten jeweils erkennen, daß sie die Anpassungsflexibilität des Weltmarktes entschieden unterschätzt hatten. Dies zeigte sich in besonders eklatanter Weise Anfang der 80er Jahre, als die im Zuge des iranisch-irakischen Konfliktes erneut von zwölf auf über 40\$/Barrel erhöhten Ölpreise innerhalb kurzer Zeit durch die kombinierte Wirkung eines Rückgangs der Nachfrage und der Angebotsausweitung in Nicht-OPEC-Förderländern wieder vollständig zurückgenommen werden mußten. In konstantem Geldwert gerechnet ist Rohöl heute nicht teurer als Mitte der 70er Jahre.

Angesichts nach wie vor in erheblichem Umfang realisierter Produzentenrenten und einer sich eher ausweitenden Ressourcenbasis an kostengünstig gewinnbarem Öl scheint auch die Notwendigkeit knappheitsbedingter Preissteigerungen im Mineralölbereich auf absehbare Zeit eher zweifelhaft. Natürlich verbleibt das Problem der

voraussichtlich im Zeitablauf wieder steigenden Marktmacht der OPEC-Staaten, wie es bereits aus der weltweit mehr als einseitigen regionalen Verteilung von Ölreserven und Verbrauch abgeleitet werden muß. Auch im langfristigen Trend werden jedoch die Kosten der marginalen – angesichts der dann vorherrschenden Konstellation der Energienachfrage und der Angebote an Konkurrenzenergieträgern – noch in Anspruch genommenen Felder, die gewiß deutlich über den Durchschnittskosten der OPEC, aber sicherlich nicht weit von den heutigen Ölpreisen liegen, das maximale von den Förderstaaten durchsetzbare Preisniveau bestimmen.

Falsche Vorstellungen

Auch aus einem beträchtlichen, langandauernden Ölpreisanstieg kann jedoch nicht zwingend auf die Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung des deutschen Steinkohlenbergbaus geschlossen werden.

Knappheitsbedingte Preissteigerungen sind fundamentale Elemente eines marktwirtschaftlichen Steuerungssystems, sie sind die Signale, an denen sich frühzeitig Investitionsentscheidungen von Anbietern wie Nachfragern orientieren. Sie können daher nur unter Inkaufnahme von gesamtwirtschaftlichen Effizienzverlusten durch energiepolitische Eingriffe beeinflußt werden.

Die in diesem Zusammenhang immer wieder aufgestellte Hypothese, der Markt sei kurzfristig und berücksichtigte nicht adäquat die Interessenlagen zukünftiger Generationen, geht von völlig falschen Vorstellungen über marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse aus und unterstellt ein Ausmaß an Informationen über Zukunftsmärkte und einen Grad an Vollkommenheit bei den energiepolitischen Entscheidungsträgern, der jeder realistischen Einschätzung entbehrt. Der hierbei ebenfalls immer wieder gegebene Hinweis, der Steinkohlenbergbau könne – alleine wegen des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften – nicht nach Belieben zurückgefahren und dann bei Bedarf auch wieder hochgefahren werden, ist zweifellos im Kern nicht zu widerlegen, gleichwohl muß selbst die Flexibilität des Untertagebergbaus nicht zuletzt als eine Funktion der zur Verfügung stehenden Anpassungszeit angesehen werden.

Schließlich und vor allem muß jedoch darauf verwiesen werden, daß die Möglichkeiten, durch die Aufrechterhaltung einer heimischen Steinkohlenförderung einen Beitrag zur Lösung der wie auch immer zu bewertenden Ölversorgungskrisen leisten zu können, nicht zuletzt deshalb als außerordentlich begrenzt angesehen werden müssen, weil Steinkohle – im Gegensatz zur Situation noch vor wenigen Jahrzehnten – kaum noch als Substitut für Mineralölprodukte gelten kann. Ein Verzicht auf inlän-

dische Steinkohlenförderung etwa bei Reduzierung der Kohlehilfen würde dem Öl – wenn überhaupt – keine nennenswerten zusätzlichen Absatzmöglichkeiten erschließen, zumal auf wichtigen Teilmärkten voraussichtlich auch weiterhin ölpolitische Restriktionen (Verstromungsverbot) gültig blieben. Gleichzeitig vermag auch hochsubventionierte deutsche Steinkohle keinerlei Öl aus dessen spezifischen Verwendungsbereichen zu verdrängen. Damit ist es aber auch nicht möglich, Subventionen zur langfristigen Erhaltung der deutschen Steinkohle durch befürchtete Vorgänge im Mineralölbereich zu begründen, sondern allenfalls durch eine Übertragung von Ölversorgungsproblemen auch auf die übrigen für die Kohle relevanten Energiemärkte. Die Sicherung der Öl- (oder auch Gas-)versorgung muß durch Öl- (oder Gas-)spezifische Maßnahmen realisiert werden!

Rationale Energiesicherungsstrategie

Relevante Wettbewerber für deutsche Steinkohle, die aus Gründen der Sicherheit der Versorgung gegebenenfalls auch langfristig subventioniert werden sollte, sind nicht das Öl, sondern – sofern die Akzeptanzkrise sich doch noch einmal als lösbar erweist – die Kernenergie, in jedem Falle aber die ostdeutsche Braunkohle und insbesondere die Importkohle. Daher ist der Sicherheitsbeitrag der deutschen Steinkohle auch an diesen Energieträgern zu messen, d.h. Subventionen für die deutsche Steinkohle zur Sicherung der Versorgung sind gegebenenfalls mit den Versorgungsrisiken, die mit einem verstärkten Einsatz dieser Energieträger verbunden sind, zu begründen bzw. – allgemeiner formuliert – alternativ mit den vermeidbaren Kosten bei Sicherstellung der heimischen Versorgung im Vergleich zur Versorgung mit diesen Energieträgern (oder auch weiteren gegebenen Alternativen).

Ein rationales Konzept zur Sicherung der Energieversorgung steht im Zusammenhang mit der Bewertung der Importkohle vor der Notwendigkeit, die mit einem hypothetischen Einsatz dieses Energieträgers verbundenen Versorgungsrisiken zu erfassen und hieraus gegebenenfalls auf begründbare Subventionen für deutsche Steinkohle zu schließen. Dies bedeutet, es muß grundsätzlich seitens der staatlichen Entscheidungsträger versucht werden, die denkbaren Risiken eines verstärkten Imports von Steinkohle aus den verschiedenen Lieferländern abzuschätzen (z.B. nach Maßgabe von Kriterien wie Umfang, Zeitdauer, Zeitpunkt und Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls von Lieferungen aus den verschiedenen Provenienzen, der Gefahr erratischer Preissprünge oder langanhaltender Preissteigerungen usw.). Bei einem Blick auf die derzeit feststellbaren Preisrelationen und die auf dem Weltkohlemarkt vorliegenden Bedingungen (riesige zu außerordentlich niedrigen Kosten gewinnbare Vorräte,

die – weltweit breit gestreut – sich zu einem großen Teil in westlichen Industrieländern befinden, geringe Marktzu- gangsbegrenzungen und eine hieraus abzuleitende intensive Konkurrenz) sind die zuletzt aufgeführten Preisrisiken weitgehend zu vernachlässigen. Auch für die Ermittlung der Wahrscheinlichkeit kurzfristiger Lieferunterbrechungen und deren Ausmaß kommt wohl nur eine im politischen Raum zu definierende Vorgehensweise in Frage¹.

Berücksichtigung von Effizienzkriterien

Wenn trotz der in dieser Hinsicht nicht zu eliminierenden Ungewißheit dennoch als absolute Obergrenze für vorübergehende Unterbrechungen von Kohleimporten beispielsweise der Ausfall der gesamten Mengen über einen Zeitraum von zwei Jahren angenommen würde und sich dieser Grenzfall einer Versorgungsstörung durch die Vorhaltung eines entsprechenden Kohlevorrats eliminieren ließe, so würden die damit verbundenen Kosten gleichzeitig die Höhe der Sicherheitsprämie markieren, die der deutsche Steinkohlenbergbau reklamieren könnte. Diese Kosten aber können selbst bei großzügiger Schätzung auf kaum mehr als 20 – 30 DM/t, d.h. einen Bruchteil der heutigen finanziellen Hilfen in Höhe von rund 180 DM/t, veranschlagt werden.

Angesichts der in der Bundesrepublik vorliegenden Gegebenheiten würde dies der völligen Aufgabe der deutschen Steinkohlenförderung gleichkommen. Subventionen könnten in diesem Modell dann nur noch für eine Übergangszeit und nur zur sozial- und regionalpolitischen Flankierung gerechtfertigt werden. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob sich in der Bundesrepublik für eine solche Radikalkur politische Mehrheiten finden ließen. Daher bleiben die politischen Entscheidungsträger voraussichtlich aufgefordert, nach Maßgabe nachvollziehbarer Kriterien einen als finanzierbar anzusehenden Sicherheitssockel der deutschen Steinkohle zunächst einmal für einen wirtschaftspolitisch relevanten Zeitraum bis etwa Mitte des nächsten Jahrzehnts zu definieren, diesen rechtzeitig, aber auch verbindlich dem Steinkohlenbergbau und den Gewerkschaften vorzugeben und sodann sicherzustellen, daß durch Etablierung zusätzlicher Wettbewerbselemente auch im Steinkohlebereich das politisch vorgegebene Förderniveau kostenminimal erbracht werden kann.

¹ Dennoch bedarf wohl jede energiepolitische Intervention bei gravierend unterschiedlicher Einschätzung von Versorgungsrisiken durch private und öffentliche Institutionen der besonderen Legitimation. So muß erstaunen, daß für die deutsche Stahlindustrie die Kokskohleversorgung durch den deutschen Bergbau staatlicherseits aus Sicherheitsbewägungen für erforderlich angesehen wird, dieser Wirtschaftszweig selbst jedoch in seiner völligen Abhängigkeit von Importerzeugnissen keinerlei Problem zu sehen scheint.

Auch unter Berücksichtigung der erheblichen Widerstände, die einer nachhaltigen Neuorientierung der deutschen Steinkohlepolitik entgegengebracht werden dürfen, kann meines Erachtens nicht davon ausgegangen werden, daß sich mittelfristig mehr als die Hälfte der gegenwärtigen deutschen Steinkohlenförderung wird halten lassen. Dagegen sprechen nicht nur die bereits angeführten finanziellen Engpässe und der wachsende Druck aus dem In- und Ausland. Hinzu kommt, daß gegenüber der ostdeutschen Braunkohle kaum Sicherheitsvorteile der deutschen Steinkohle ausgemacht werden können, so daß sich in immer stärkerem Maße bei Berücksichtigung von Effizienzkriterien auch in der Energiepolitik die Frage stellt, ob unter Sicherheitsgesichtspunkten nicht eine grundlegende Umorientierung der gegebenenfalls erforderlichen Subventionen zwischen den verschiedenen heimischen Energieträgern angezeigt ist.

Versorgungssicherheit durch Einsparung

Schließlich darf im Rahmen eines Energiesicherungskonzeptes auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß quasi automatisch mit jeder Einsparung von Energie (wie mit jeder Nutzung von regenerativen Energiequellen im Inland) auch ein entsprechender Beitrag zur Sicherung der Versorgung geleistet wird. Unter diesem Aspekt ließen sich daher alternativ die gesamten über die Laufzeit einer Einsparung zu gewährenden Hilfen für die Sicherstellung der Versorgung etwa in Form der Aufrechterhaltung der Steinkohlenförderung oder auch der höheren Bevorratung – diskontiert – auch als Subventionen im Einsparbereich rechtfertigen. Auch ohne einen genauen Nachweis an dieser Stelle führen zu können, darf davon ausgegangen werden, daß sich hiermit kaum geahnte Perspektiven der Einsparung von Energie eröffnen würden.

Rationale Sicherungspolitik kann sich daher nicht in einer Kohleschutzpolitik erschöpfen. Sie bedeutet gleichzeitig auch, daß bei grundsätzlich analoger Vorgehensweise, d.h. explizit zu fordernder politischer Definition über in den einzelnen Bereichen zu unterstellende und gegebenenfalls abzuwendende Versorgungsrisiken und Bewertung der adäquaten Instrumente nach Maßgabe der vermeidbaren Kosten, die spezifischen bei den einzelnen Energieträgern und in den einzelnen Verwendungsbereichen zu unterstellenden Risiken systematisch abgebaut werden durch Maßnahmen wie z.B. die Ölbevorratung, den verstärkten Bau von Gasuntertagespeichern, die Fortsetzung der Bemühungen um eine weitere Diversifizierung und nicht zuletzt die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Förderländern. Diese Aufgaben sind angesichts der anstehenden Binnenharmonisierung der EG, aber auch der Öffnung im Osten, immer weniger allein im nationalen Kontext zu lösen.